



Niederschrift

11. Plenarsitzung des Gemeinderates

30. Juni 2020, 15:30 Uhr

öffentlich

Gartenhalle, Kongresszentrum

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

Punkt 3 der Tagesordnung: Satzungen zur Änderung der folgenden Satzungen der Stadt Karlsruhe

a) über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)

b) über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)

Vorlage 2020/0595

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss

a) die als Anlage 1 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)“ rückwirkend zum 17. März 2020 und befristet bis zum 31. Dezember 2020.

b) die als Anlage 2 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)“ rückwirkend zum 17. März 2020 und befristet bis zum 31. Dezember 2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Unter der Corona-Krise haben in Karlsruhe viele Branchen gelitten, ganz besonders der Einzelhandel und die Gastronomie. Was wir in Karlsruhe wollen und wofür wir uns im Gemeinderat einsetzen, ist, dass wir eine attraktive Stadt haben mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten vor Ort und auch Restaurantangeboten. Wir GRÜNE haben uns daher schon

vor einigen Wochen dafür eingesetzt, dass wir die Außenbewirtung vereinfachen und das Angebot der Nutzung von Außenflächen und dafür keine Gebühren mehr verlangen über die reinen Verwaltungsgebühren hinausgehend. Deswegen freuen wir uns heute sehr über diese Vorlage der Stadtverwaltung. Wir glauben, dass es ein wichtiger Schritt ist, um die Gastronomie und den Einzelhandel in Karlsruhe so zu unterstützen, wie es in der Krise notwendig ist.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Anregung aus breiten Kreisen dieses Gemeinderates hat die Verwaltung sehr schnell Folge geleistet. Das ist ein Signal an Gewerbetreibende, an den Handel insgesamt, dass wir jedes unnötige Hindernis in diesen Zeiten bis Ende des Jahres aus dem Weg räumen. Es ist eine kleine Unterstützung für von der Pandemie stark gebeutelte Unternehmen. Ich glaube, das ist mehr als recht und billig. Die Stadt kostet es, nebenbei gesagt, knapp 300.000 Euro. Aber das sollte es uns in jedem Fall wert sein.

Vielleicht noch einen Schlussappell. Es geht nicht nur um die Gebühren bei Sondernutzungserlaubnissen, sondern es geht auch darum, dass man relativ großzügig mit Unternehmen umgeht, die möglicherweise in dieser Zeit ihre Ausstellungsfläche oder ihre Gastronomiefläche erweitern müssen und wollen. Auch da bitte ich die Verwaltung, ein Auge zuzudrücken oder eine großzügige Handhabung an den Tag zu legen.

Stadtrat Zeh (SPD): Im April hatten wir diesen Antrag als SPD-Antrag zum Verzicht der Sondernutzungsgebühren auf der Tagesordnung. Damals hatten wir noch eine ablehnende Antwort von der Verwaltung bekommen. Wir freuen uns jetzt, dass doch die Änderung rechtlich möglich ist. Viele Gemeinden in Baden-Württemberg haben es derartig gemacht. Die Gastronomie und der Handel haben durch die Schließung besonders gelitten, auch heute noch. Man muss beispielsweise die Hygienekonzepte bei den Gaststätten sehen. In den Biergärten stehen die Tische weiter auseinander. Auch da gilt 1,50 m Abstand. Es müssen viel größere Flächen, wenn möglich, in Anspruch genommen werden. Dann werden eigentlich höhere Gebühren fällig. Durch die Änderung, die wir heute machen – die Vorlage ist sehr gut, wird von uns unterstützt –, können die Gastronomen mehr Fläche in Anspruch nehmen, ohne dass sie etwas bezahlen müssen. Auch beim Handel die Auslageflächen. Man sieht, die Biergärten füllen sich inzwischen wieder. Das ist ein Schub, den unsere Wirtschaft braucht.

Wir bedanken uns für die Unterstützung und stimmen der Vorlage gerne zu.

Stadtrat Hock (FDP): Die Stadtverwaltung hat bei diesem Antrag, wie der Kollege Zeh gerade gesagt hat, umgesteuert. Kollegin Mayer, man hätte das auch mit ganz kleinem Geld bei den Einzelhändlern in den B-Zentren machen können. Wir haben das das letzte Mal diskutiert. Die hätten es genauso nötig gehabt. Die leiden nämlich auch in dieser Krise. Aber da wird bei Ihnen immer mit zweierlei Maß gemessen. Das ist das Problem bei der ganzen Geschichte. Deshalb: Wir finden diesen Antrag und die Vorgehensweise der Verwaltung gut, die in diesem Punkt eingelenkt hat. Verwundert hat uns, dass sie bei der sogenannten Brötchentaste das nicht macht hat und mit ihrer festen, starren Haltung das unbedingt haben wollte. Für viel weniger Geld hätte man dort auch eine Hilfestellung leisten können für einen begrenzten Zeitraum. Man wollte es nicht.

Wir sind froh, dass jetzt in diesem Punkt die Stadtverwaltung eingelenkt hat. Wir können diesen Antrag gerne mitgehen und hoffen, dass es sich durch das, was im Moment alles läuft in unserer Stadt für die Einzelhändler und für die Gastronomen in absehbarer Zeit verbessert. Kollege

Zeh hat gerade gesagt, die Biergärten füllen sich. So muss es auch sein. Denn ohne Geld keine Steuereinnahmen, ohne Geld keine Leute in Arbeit. Wir brauchen das. Deshalb ist dieser kleine Schritt der richtige Schritt. Das hätten Sie aber vorher auch schon machen können.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wir werden dieser Vorlage gerne zustimmen, die sich aus unserer Sicht in zwei Teile aufteilt. Einmal, dass die Gebühren erlassen werden, das ist sehr wichtig. Aber auch, dass der Raum, wo die Außenbewirtschaftung erweitert werden kann, zugelassen wird. Wir beobachten, obwohl das erst heute rechtlich von uns abgesichert wird – das finde ich gut –, dass die betroffene Gastronomie sehr selbständig die Außenbewirtschaftung, soweit es den Verkehr nicht stört, ausgeweitet hat. Da sind die Handelnden schon ein Stück weiter. Wir begleiten das heute rechtlich, damit alles in Ordnung geht.

Stadträtin Fenrich (AfD): Die AfD-Gemeinderatsfraktion schließt sich voll inhaltlich den Vorrednern aller anderen Fraktionen an. Insbesondere schließt sie sich dem Vorredner Herrn Hock an, der die Brötchentaste erwähnt hat. Wir sind derselben Auffassung. Das war ein Fehler. Nun gut, es ist geschehen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Die Leiden der Kolleginnen und Kollegen dort drüben aufgrund der Brötchentaste nehmen wir zur Kenntnis. Wir hoffen, dass sie auch bald ein Ende finden. Wir begrüßen als Fraktion die Vorlage der Verwaltung. Es geht hier nicht um die finanzielle Summe, die jetzt für den Einzelnen gar nicht so groß sein wird. Es handelt sich hier um ein wichtiges politisches Signal, dass wir auch in Karlsruhe ein verantwortungsbewusstes Wiederaufleben der lokalen Gastronomie, des lokalen Einzelhandels wollen. Wir können es daher als Fraktion nur unterstützen. Wie der Kollege Cramer zu Recht angemerkt hat, wir können es auch nur unterstützen, wenn wir es schaffen, dass die Flächen ausgeweitet werden. Das würde ein wichtiges Signal geben, dass es in Zukunft dieses Wiederbeleben der Stadt gibt und auch für die Zukunft, trotz der ganzen Corona-Krise, sowohl die Arbeitsplätze wiederkommen in der Stadt, denn viele wurden leider gekündigt in der Zeit, als auch, dass die lokale Gastronomie und der Einzelhandel dementsprechend die Einnahmen der Stadt wieder stärken.

Stadträtin Lorenz (FWFÜR): Dem Handel und der Gastronomie die Sondernutzungsgebühren von März bis Dezember 2020 zu erlassen beziehungsweise zurückzuerstatten, ist ein wichtiges und richtiges Zeichen für die lokale Wirtschaft. Die entgangenen Einnahmen bei den Gebühren stehen in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen und Aufwendungen, die die Stadt unternehmen müssen wird, um eine abgestorbene Innenstadt zu reaktivieren beziehungsweise zu reanimieren, falls dies überhaupt möglich ist.

Andere Städte, wie zum Beispiel Heidelberg, gehen mit ihrer Wirtschaftsoffensive noch einen deutlichen Schritt weiter und unterstützen die lokale Wirtschaft mit einem Solidaritätsgutschein, der außer im Handel und der Gastronomie bei Soloselbständigen, Künstlern, Kultureinrichtungen, Vereinen und Clubs eingelöst werden kann. Nichtsdestotrotz freuen wir uns natürlich und bedanken uns bei der Verwaltung, dass sie hier zügig reagiert hat und die Anträge der verschiedenen Fraktionen und Ortschaftsräte aufgenommen hat, um Handel und Gastronomie zeitnah und unbürokratisch zu entlasten. Wir werden der Beschlussvorlage zustimmen.

Der Vorsitzende: Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzichen. – Das ist einstimmig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
8. Juli 2020